



Herausforderungen 2013

Rede beim Empfang der IG Metall Karlsruhe

am 25. Januar 2013 in Karlsruhe, 17.00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

1. Europa
2. Industrie in Deutschland
3. Herausforderungen 2013
4. Bundestagswahl
5. Zukunft mitgestalten

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Europa

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung. Und herzlichen Dank, dass ich heute am
Spätnachmittag einige Worte an Sie richten darf.

Sie haben es vielleicht schon gehört: Die IG Metall hat 2011 und 2012
Mitglieder gewonnen. Im Bestand haben wir also jetzt schon das zweite Jahr in
Folge mehr Mitglieder.

In Baden-Württemberg haben wir um 0,9 Prozent zugelegt – und in Karlsruhe
sogar um 2,3 Prozent: von 10.852 Ende Dezember 2011 auf 11.101 Ende
Dezember 2012. Das sind 249 Mitglieder. Besonders auffällig: Ein Plus von 6,7
Prozent bei den Angestellten und von 4,4 Prozent bei den Frauen.

Wenn wir – wie in Karlsruhe – Mitglieder gewinnen, dann freuen wir uns sehr .
Es ist eine Auszeichnung für die Arbeit der ehrenamtlichen Kolleginnen und
Kollegen in den Betrieben und der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen
vor Ort. Im Namen des Vorstands sage ich Euch allen herzlichen Dank!

Das Plus an Mitgliedern begreifen wir aber auch zugleich als Auftrag für die
Zukunft. Als Auftrag, die Interessen und Bedürfnisse unserer Mitglieder im
Betrieb und in der Gesellschaft nachhaltig und effektiv zu vertreten.

Und deshalb beziehen wir zu bestimmten Themen auch dezidiert Stellung.

Europa – meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen – befindet sich
in rauer See. Das ist kein Geheimnis.

Das Bruttoinlandsprodukt der Euro-Staaten geht zurück. Insbesondere Spanien,
Italien, Portugal, Griechenland, aber auch Belgien befinden sich – in
unterschiedlicher Härte – in einer tiefen Rezession.

Die Arbeitslosigkeit im Euro-Raum, insbesondere bei den jungen Leuten ist dramatisch. Und es bleibt einer der schwer zu ertragenden Widersprüche unserer Zeit, dass die am besten ausgebildete junge Generation in Europa heute die schlechtesten Chancen hat. Wenn wir diese jungen Leute aus Spanien, Italien, Griechenland usw. verlieren, dann verlieren wir Europa.

Deutschland bleibt von der Lage in der EU nicht unberührt, ist aber noch relativ stabil. Laut Prognosen wird Deutschland 2012 rund 30 Prozent des Euro-BIPs erwirtschaften. Deutschland ist damit der Wachstumsanker des Währungsraums.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass sich Deutschland derzeit besser behauptet als viele andere Mitgliedsstaaten im Euroraum, liegt in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrieunternehmen begründet.

Von den 10 wichtigsten Exportländern Deutschlands befinden sich fünf nicht im Euroraum. USA, Großbritannien und China nehmen zusammen knapp 20 Prozent unserer Exporte auf.

Dass jedoch die industrielle Wertschöpfung in Deutschland heute nur etwa ähnlich ausfällt wie im Vorjahr, das ist der tiefen wirtschaftlichen Verflechtung im Euro-Raum geschuldet. 40 Prozent unserer Exporte gehen in den Euro-Raum.

Für mich ist klar: Deutschland ist im Guten wie im Schlechten auf Europa und die gemeinsame Währung angewiesen. Euro-Rettung ist nicht in erster Linie Außen- oder Europapolitik. Euro-Rettung ist Wirtschafts- und Industriepolitik.

Der Euro-Raum ist der Binnenmarkt der deutschen Industrie. Nur ein starker Heimatmarkt schafft die Basis für einen starken Auftritt auf den globalen Märkten. Deshalb plädiert die IG Metall schon seit zwei Jahren dafür, für Europa ein investives Wachstumsprogramm auf den Weg zu bringen.

2. Industrie in Deutschland

Meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen,

ich habe es schon angedeutet: Die industrielle Wertschöpfung ist wesentliche Quelle des Wohlstands in Deutschland. Damit sich die Industrie in Deutschland auch zukünftig gut entwickelt, sind Investitionen in Infrastruktur, in Bildung und Forschung notwendig.

Die Stärke der deutschen Industrie zeichnet durch fünf Faktoren aus:

Erster Faktor: Fast alle Glieder moderner industrieller Wertschöpfungsketten können wir in Deutschland auf hohem bis höchstem Niveau finden.

Insbesondere der deutsche Maschinenbau mit seiner fast eine Million direkt Beschäftigter ist der Produktionsausstatter der Welt. Wir können in Deutschland z.B. fast alles produzieren, was erforderlich ist, um die Energiewende zu schaffen.

Deshalb muss Politik die Gesamtheit dieser industriellen Wertschöpfungsketten hüten wie den eigenen Augapfel.

Zweiter Faktor: Die deutsche Industrie zeichnet sich durch die gute Zusammenarbeit von Weltkonzernen, Mittelstandsunternehmen und Kleinbetrieben aus. Dies schafft eine einzigartige Kombination aus Kostenvorteilen durch Mengenproduktion und Kostenvorteilen durch Flexibilität. Deshalb sollte die Politik der populistischen Versuchung widerstehen, Groß- und Kleinbetriebe, Konzerne und Mittelstand gegeneinander auszuspielen.

Dritter Faktor: Die deutschen Industrieunternehmen werden geprägt durch Ankerinvestoren und Mitbestimmung. Unter Ankerinvestoren verstehen wir Investoren, die ein langfristiges Unternehmensinteresse haben und nicht auf kurzfristigen Gewinn und Weiterverkauf schielen. Ankerinvestoren sind beispielsweise Stiftungen oder langfristig orientierte Familieneigentümer. Und um die deutsche Mitbestimmung aus Betriebsräten und Aufsichtsräten werden wir ja inzwischen in anderen europäischen Ländern beneidet.

Deshalb muss die Politik alles dafür tun, dass Ankerinvestoren und Mitbestimmung vor allzu forschenden Zugriffen aus Brüssel geschützt werden.

Der vierte Faktor sind Forschung und Investitionen. Fast 90 Prozent der Aufwendungen aller Wirtschaftssektoren für Forschung und Entwicklung werden von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes getätigt. Forschung und Entwicklung schaffen die Grundlage der Wertschöpfung von morgen. Und fast zwei Drittel aller Investitionen in Deutschland werden von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes getätigt. Investitionen in Ausrüstungen sind die materielle Umsetzung der Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung.

Wir müssen aber feststellen, dass das Niveau der Anlageinvestitionen im historischen Vergleich aktuell gering ist und dass der Aufwand für Forschung und Entwicklung steigen muss.

Deshalb müssen wir die steuerliche Behandlung von Investitionen in Ausrüstungen sowie in Forschung und Entwicklung überprüfen und ggfs. verändern. Die IG Metall ist hier zu einem intensiven Dialog bereit.

Meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen,

der fünfte Faktor ist entscheidend: Auf die Arbeit kommt es an. Deutschland zeichnet sich dadurch aus, dass in den Produktionshallen und Werkstätten, in den Büros und im Außendienst, in den Entwicklungs- und Designabteilungen der Unternehmen sowie an Hochschulen und Forschungseinrichtungen Menschen mit bester Ausbildung arbeiten. Eine besondere Rolle spielen dabei die duale Berufsausbildung und die Fachhochschulen – und dort die zunehmende Zahl der dual Studierenden. Dies gilt es zu erhalten und natürlich weiterzuentwickeln.

Und gleichzeitig brauchen wir eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Hochwertige und wettbewerbsfähige Industriefertigung widerspricht prekärer Beschäftigung! Der Niedriglohnsektor muss ausgetrocknet, die Rechte von Betriebsräten bei Leiharbeit, Werkverträgen etc. müssen erweitert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese fünf Faktoren müssen wir immer im Blick haben, wenn wir weiterhin auf eine starke industrielle Basis bauen wollen. Das ist sozusagen die Pflicht.

Die Pflicht reicht aber nicht aus, um die Zukunft zu gewinnen. Wir müssen eine Kür entwickeln. Eine Kür, die unsere Industrie nachhaltig modernisiert. Eine Kür, die in industrielle Zukunftsfelder investiert.

Denn eines wissen wir alle: Die Arbeitsplätze von morgen hängen davon ab, ob heute in die Nachhaltigkeit der industriellen Produktion, in die Energiewende und zum Beispiel auch in die Elektromobilität investiert wird.

3. Herausforderungen 2013

Meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen,

ich will die wichtigen Herausforderungen für das kommende Jahr in sieben Punkten kurz umreißen:

Es geht – erstens – um gute Arbeit mit besseren Löhnen und mehr Sicherheit für alle. Was wir dazu bei der Leiharbeit und der Übernahme nach der Ausbildung tarifpolitisch erkämpft haben, muss betrieblich umgesetzt und verteidigt werden.

Ein wichtiger Eckpunkt werden – zweitens – die Tarifauseinandersetzung in der Stahl- und dann in der Metall- und Elektroindustrie. Wir werden zeitnah die wirtschaftliche Entwicklung einschätzen und auf dieser Basis unseren Forderungskatalog entwickeln.

Dabei haben wir zu beachten, dass die ökonomische Lage nicht nur zwischen den verschiedenen Branchen, sondern auch innerhalb der einzelnen Branchen

sehr unterschiedlich ist. Es wird eine anspruchsvolle Aufgabe sein, auch vor diesem Hintergrund eine erfolgversprechende tarifpolitische Strategie zu entwickeln.

Wir brauchen – drittens – über die Reichweite der nächsten Tarifaueinandersetzung hinaus altersgerechte Arbeitsplätze und flexible Übergänge in der Rente, bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir müssen den demographischen und den strukturellen Wandel in den Betrieben bewältigen. Dazu gibt es eine Verhandlungsverpflichtung mit Gesamtmetall. Wir müssen 2013 entscheiden, welchen Weg wir künftig gehen wollen.

Viertens muss die Dominanz der Finanzmärkte zurückgedrängt und Transparenz weiter vorangetrieben werden, langfristige realwirtschaftliche Investitionen müssen gefördert werden. Öffentliche Finanzierungswege (Public Equity) sollen langfristige Investitionen insbesondere für mittelständische Unternehmen erleichtern.

Wir brauchen – fünftens – eine Verstärkung von Forschung, Entwicklung und Innovation (Produkte, Produktionsverfahren und Produktionsstrukturen) zur Gestaltung des ökologischen Wirtschaftsumbaus und der Energiewende. Hierbei sind nicht nur neue Wirtschaftssegmente, sondern vor allem auch traditionelle Kernsektoren (Automobilindustrie, Maschinenbau, Stahl, Metallerzeugung, Textil-, Holz- und Kunststoffindustrie) zu berücksichtigen. Energie- und Ressourceneffizienz sind das Leitbild für alle Wirtschaftszweige

Wir brauchen einen Ausbau der Förderung von systemischen Innovationen insbesondere im Bereich des Netzausbaus, der Stromspeichertechnologien, des Kraftwerksbaus sowie beim Ausbau der Wind- und Solarenergie.

Dabei müssen industrielle Kerne und Wertschöpfungsketten erhalten und weiterentwickelt werden. Die Beschäftigten und ihre Fähigkeiten müssen in eine offensive Innovationsstrategie eingebunden werden.

Notwendig ist daher – sechstens – der Auf- und Ausbau der Förderung von betrieblichen Effizienz- und Konversionsstrategien in allen Industriebranchen (Low- wie High-Tech-Bereiche), um traditionelle Kompetenzen und vorhandene Potenziale auf breiter Front in echte Innovations- und Marktführerschaft und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen umsetzen zu können.

Siebtens erfordern die vielfältigen Herausforderungen des industriellen Wandels eine institutionelle Koordination zwischen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften. Nur so können die nötigen öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Bildung sinnvoll verbunden werden mit privaten Investitionen in den Unternehmen. Vorreiter können Branchen sein, die für die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise von besonderer Bedeutung sind, z. B. erneuerbare Energien. Beispiel für eine solche Kooperationsstruktur ist die Nationale Plattform Elektromobilität. Diese kann auch auf andere Felder, wie beispielsweise Mobilität und Luft- und Raumfahrttechnik, übertragen werden.

4. Bundestagswahl

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

politisch ist ohne Zweifel die Bundestagswahl im Herbst 2013 das wichtigste Datum. Die IG Metall wird keine Wahlempfehlung aussprechen – für keine Partei. Parteipolitische Unabhängigkeit bedeutet aber nicht politische Beliebigkeit. Im Gegenteil: Unsere Inhalte stehen marktradikaler Politik klar entgegen!

Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Politik. Und der ist längerfristig als eine Legislaturperiode angelegt.

Wir brauchen in Deutschland eine Politik, die Arbeit achtet, die soziale Sicherheit stärkt und die ökologische Probleme endlich in Angriff nimmt.

Im Rahmen des Wahljahrs werden wir daher insbesondere folgende Schwerpunktthemen aufgreifen:

1. die Neuordnung des Arbeitsmarktes: Gute Arbeit und faire Regulierung statt prekäre Arbeit, Niedriglöhne und verschlechterte Arbeitsbedingungen
2. die Demokratisierung der Wirtschaft als genereller Beitrag zur gesellschaftlichen Demokratisierung und zu neuen Partizipationsbedürfnissen
3. die Lebens- und Arbeitssituation der Jungen Generation
4. flexible Altersübergänge und Verhinderung von Altersarmut
5. die Verteilungsgerechtigkeit und die Folgen der gestiegenen sozialen Ungleichheit
6. die Verknüpfung von nachhaltiger Industriepolitik und nachhaltigem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft

Wir knüpfen hier auf der einen Seite an unsere schon laufende Kampagne „Arbeit: sicher und fair“ an. Teil dieser Kampagne sind z.B. „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ zur Leiharbeit oder „Gute Arbeit – gut in Rente“.

Auf der anderen Seite starten wir eine große Befragung. Diese soll erfassen, was den Beschäftigten wirklich wichtig ist. Damit schließen wir an die Befragung im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 an.

Die zentralen Themen, die die Beschäftigten 2009 nannten, wurden zu den zentralen Themen der IG Metall, gerade auch in der Betriebs- und Tarifpolitik: prekäre Beschäftigung, altersngerechte Arbeit und flexible Altersübergänge sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Fragenbereiche 2013 sind:

- Arbeitszeit - Leistung - Belastung
- Vereinbarkeit von Arbeit und Leben
- Ausbildung, Bildung und berufliche Entwicklung
- Flexible Altersübergänge und gute Rente
- Politischer Kurswechsel

Das Fragensetting ist so gestaltet, dass die Ergebnisse in die betriebspolitische, tarifpolitische und gesellschaftspolitische Handlungsebene einfließen können:

- Auf der betriebspolitischen Ebene geht es um arbeitspolitische Gestaltungsfragen und Impulse für betriebliche Aktivitäten.
- Tarifpolitisch stehen die Schwerpunktbildung bei qualitativen Themen und konkret das Themenfeld „Demografischer Wandel“ im Fokus.
- Auf der gesellschaftspolitischen Ebene sollen die Antworten ein klares Votum zu den Anforderungen der IG Metall an
 - o die politische Rahmensetzung für eine Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt
 - o bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben
 - o Chancengleichheit in der Bildung
 - o flexible Altersübergänge und gute Renteerzeugen.

Damit werden die Themen, die sich in seit 2009 als zentral für die Beschäftigten herauskristallisiert haben, zugleich für die politische Ebene weiter zugespitzt und für die betriebliche und tarifpolitische Ebene ausgestaltet.

Im Februar und März 2013 führen Betriebsräte und Vertrauensleute die Befragung in den Betrieben durch. Die Befragung kann mit einer Spendenaktion verbunden werden. Pro ausgefüllten Bogen erhalten die Verwaltungsstellen einen Euro, das Geld wird für einen sozialen Zweck gespendet.

Daten und Fakten

Fragebogen allgemein

- 4 Seiten, 21 Fragenkomplexe
- Auflage 2.654.000 Stück
- Zielgruppen:
 1. Betriebsangehörige Beschäftigte (2.324.000 Stück)
 2. Leiharbeiter

Fragebogen kurz

- 1 Seite 4 Fragenkomplexe
- Auflage 570.000 Stück
- Zielgruppen:
 1. Mitgliedergruppe Rentner
 2. Arbeitslose Mitglieder
 3. Interessierte

Mit einer zeitgleich durchgeführten wissenschaftlichen Repräsentativbefragung werden die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung abgesichert. Die Repräsentativbefragung ermöglicht eine vertiefende Fragestellung und Auswertung, die für die weitere Bearbeitung der Themen genutzt wird.

Die bundesweiten Ergebnisse werden nach dem Tarifabschluss der Metall- und Elektroindustrie veröffentlicht.

Ich bin schon gespannt, was welche Bedürfnisse die Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck bringen.

Gleichzeitig kann ich in Richtung politische Parteien schon heute sagen: Nehmen Sie die Interessen der Beschäftigten in unserem Land ernster! Sie sind mit Ihrer Arbeit der Quell unseres Wohlstands – und nicht irgendwelche Finanzspekulationen!

Meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen,

im Wahlmonat September wollen wir unseren Beitrag leisten, damit möglichst viele zur Wahl gehen.

Sowohl in den Betrieben als auch mit öffentlichen Aktionen wird die IG Metall dazu auffordern, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen; möglichst jeder Beschäftigte soll direkt angesprochen werden. Dabei wird nicht für eine konkrete Partei oder Person geworben, sondern für das Ziel, mit der eigenen

Stimme eine arbeiternehmerfreundliche Politik zu wählen – denn eine niedrige Wahlbeteiligung würde vor allen diesem Ziel schaden.

5. Zukunft gestalten

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

2013 wird ein ereignisreiches Jahr, das steht fest. Schon aufgrund der Tarifrunde und der Bundestagswahl.

Es geht aber um Herausforderungen darüber hinaus. Es geht um Themen, die entscheidend sind für die Zukunftsgestaltung in unseren Industrien, ja die Prosperität unserer ganzen Gesellschaft:

Die Situation in Europa erfordert eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Zugleich muss das Umsteuern in einen ökologischen Wirtschaftsumbau vorangetrieben werden.

Langfristige realwirtschaftliche Investitionen und Unternehmensstrategien müssen gefördert und die Dominanz der Finanzmärkte zurückgedrängt werden.

Eine nachhaltige, gestaltende Industriepolitik muss ökonomisch effektiv, qualitativ hochwertig, innovativ, sozial verträglich, regional ausgewogen und auch partizipatorisch ausgerichtet sein.

Wir wollen diesen Weg ausgestalten und freuen uns über alle, die sich mit aufmachen, die Zukunft der Arbeit in Deutschland zu sichern und zu gestalten – und damit auch unseren Wohlstand.

Vielen Dank!